

7. Notfalltreffpunkte und Notfallkommunikation im Kanton Zürich

Antrag des Regierungsrates vom 2. März 2022 zum Postulat KR-Nr. 104/2020 und gleichlautender Antrag der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit vom 5. Mai 2022

Vorlage 5801

Tobias Mani (EVP, Wädenswil), Präsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS): Die KJS beantragt Ihnen auch bei diesem Postulat, beim Postulat betreffend Notfalltreffpunkte und Notfallkommunikation im Kanton Zürich, einstimmig, dieses als erledigt abzuschreiben. Mit dem Vorstoss hatte die Postulantin Christina Zurfluh Fraefel im März 2020 vom Regierungsrat verlangt eine digitale Plattform zu erstellen, auf welcher die Notfalltreffpunkte eingesehen werden können. So ist es im Fall von Grossereignissen oder Notlagen wichtig, dass sich die Bevölkerung trotz Ausfall der üblichen Kommunikationsmittel informieren kann, also dann, wenn all die anderen üblichen Kommunikationsmittel versagen.

Der Regierungsrat hat in seinem Bericht ausgeführt, dass die kantonale Führungsorganisation das Projekt «Notfalltreffpunkte im Kanton Zürich» bereits Ende November 2018 lanciert hatte. Ziel des Projektes war es, dass jede Gemeinde zukünftig mindestens einen Notfall-Treffpunkt betreibt. Ein Notfall-Treffpunkt ist jeweils mit einer weissen Tafel mit einem orange-blauen Logo gekennzeichnet und für die Mehrheit der Bevölkerung innert 15 bis etwa 30 Minuten zu Fuss erreichbar. Im Grundsatz sind es die Gemeinden, die für die Umsetzung ihrer Konzepte verantwortlich sind. Die kantonale Führungsorganisation hat in den vergangenen Jahren aber schrittweise den Ausbau der Treffpunkte vorangetrieben und publiziert die Standorte unter «www.notfalltreffpunkte.ch». Derzeit sind rund 290 Notfalltreffpunkte betriebsbereit und das Netz wird laufend ausgebaut.

Auch wenn sich aufgrund der aktuellen Lage betreffend Notsituationen ganz allgemein verschiedene Fragen stellen, so ist doch die Forderung des Postulates aus dem Jahr 2020 erfüllt worden. Im Namen der einstimmigen Kommission beantrage ich Ihnen deshalb, der beantragten Abschreibung zuzustimmen, und Gleiches kann ich auch im Namen der EVP-Fraktion sagen. Vielen Dank.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil): Die Welt ist heute eine andere als damals, als dieses Postulat eingereicht wurde, und so verwundert es nicht, dass das Thema Sicherheit vermehrt in den Fokus der Menschen gerückt ist. Auch wenn wir mit der Abschreibung einverstanden sind, so gibt es doch einiges festzuhalten:

Diese postulierten Notfalltreffpunkte – ich nenne sie kurz NFT – sind nur ein kleines Puzzleteil in einem möglichen Ernstfall, da müssen wir uns nichts vormachen. Im Mai dieses Jahres waren circa 30 Prozent der Gemeinden noch nicht so weit, die anderen 70 Prozent hatten die NFT eingerichtet und die Einwohner informiert. Dass die NFT aber nicht zusammen mit der Bevölkerung auf freiwilliger Basis

geübt werden, erachte ich als Schwachpunkt. Es macht auch nicht in jedem Fall Sinn, an die NFT zu gelangen, Beispiel Chemieunfall oder Austritt von Radioaktivität. Wann wird der Bezug der Schutzräume notwendig? Wie werden die Zusammenarbeit und das Funktionieren des Zivilschutzes, des Führungsstabes getestet? Sie sehen, im Zusammenhang mit den NFT kommen unweigerlich Folgefragen nach weiterführenden Massnahmen auf.

Auch wenn der Regierungsrat in seiner verdankenswerten, raschen Antwort auf die Zusatzfragen in einigen Punkten die Verantwortung an den Bund respektive an das BABS, also Bundesamt für Bevölkerungsschutz, weitergibt, der Artikel in der NZZ vom 1. Mai dieses Jahres lässt grosse Zweifel am BABS aufkommen. Dies sollte den Regierungsrat zum Handeln veranlassen – auch ohne einen Auftrag aus dem Parlament. Sollte es zu einer atomaren Bedrohung kommen, ist dies für die Gemeinden eine Eskalationsstufe zu hoch. Der Ruf nach Kanton und Bund wäre vorprogrammiert.

Wie ein effizientes und vor allem zeitnahes Zusammenspiel, also Gemeinde, Kanton, Bund, in einer Notsituation erfolgen sollte, erschliesst sich mir bis dato leider nicht. Auf die Gemeindeautonomie hinzuweisen, wie im aktuellen Beispiel bei den NFT, ist eine Vogel-Strauss-Politik. Es braucht ein Konzept, ein Räderwerk, welches ineinandergreift.

Mein persönliches Fazit: Die Lage war schon lange nicht mehr so ernst. Und so hoffe ich, dass der Regierungsrat trotz Abschreibung dieses Postulates eine vorausschauende, mehrstufige Sicherheitspolitik betreibt und seine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung wahrnimmt – auch im eigenen Interesse. Vielen Dank.

Beatrix Stüssi (SP, Niederglatt): Die Postulantinnen und Postulanten wollen die optimale Kommunikation und Versorgung aller sich in einer Notsituation Befindlichen erreichen. Die Alarmierung und Versorgung ist über alle Ebenen, vom Bund über die Kantone bis zu den Kommunen, mit den nötigen Massnahmen und Vorgaben vorgesehen. So sind Notunterkünfte bekannt und zwischenzeitlich auch Notfalltreffpunkte digital abrufbar, was ich gestern Abend noch geprüft habe. Und bei Netzunterbruch kann die Bevölkerung an diesen Notfalltreffpunkten durch die Behörden physisch informiert und unterstützt werden. Aus diesem Grund werden wir das vorliegende Postulat abschreiben.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Das Thema «Notfalltreffpunkte und Notfallkommunikation» ist mit dem Krieg in der Ukraine auch im Kanton Zürich wieder präsenter und aktuell geworden, leider. In anderen Kantonen gab es schon vor Einreichung des Postulates eine mit Alertswiss (*Alarmierungs-App*) gekoppelte Website «www.notfalltreffpunkte.ch». Inzwischen – wir haben es schon gehört – hat der Kanton nachgezogen. Derzeit sind rund 290 Notfalltreffpunkte betriebsbereit. Publiziert werden sie auch unter «www.notfalltreffpunkte.ch». Zuständig sind die Gemeinden, der Kanton unterstützt sie aber. Es gibt sogar eine Seite zum Bevölkerungsschutz für den Fall von Katastrophen, Notlagen, einem bewaffneten Konflikt. Das Postulat kann also abgeschrieben werden, so weit, so gut.

Nun gibt es aber ein Aber: Ein Notfalltreffpunkt ist ein Versammlungspunkt, zum Beispiel bei Stromausfällen. In Urdorf ist es die grosse Turnhalle. Daneben gibt es noch Schutzplätze, wie Luftschutzkeller, die mittlerweile nicht mehr überall eingebaut sind. Wo die öffentlichen Schutzplätze sind, wird jedoch nicht kommuniziert. Wer im – egal, wie unwahrscheinlichen – Notfall welchen Schutzraum aufsuchen soll, weiss niemand, erst recht nicht, wenn man unterwegs und nicht zu Hause ist. Zudem dürften die wenigsten wissen, dass sie beim Aufsuchen von Schutzräumen ihre Nahrungsmittel und Getränke selber mitbringen müssen, jedoch aus Sicherheitsgründen keine Lebensmittel, die gekocht werden müssen oder dürfen. Also Rohkost und Trockenkost sind okay, Teigwaren, Reis oder Kaffee aber nicht. Diese Information finde ich auch heute noch ungenügend und intransparent. Allenfalls liegt der Grund für diese Nichtkommunikation darin, dass insgesamt zu wenig Schutzräume zur Verfügung stehen. Wir können nur spekulieren. Dies bleibt unbefriedigend geregelt und kommuniziert, war aber nicht im Fokus des Postulates, weshalb eine Abschreibung hier richtig ist.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Die kantonale Führungsorganisation hat den schrittweisen Ausbau der Treffpunkte vorangetrieben und die Standorte sind auf der Homepage «www.notfalltreffpunkte.ch» einsehbar. Zurzeit sind 290 Notfalltreffpunkte betriebsbereit und das Netz wird weiter ausgebaut. Für die Notfalltreffpunkte sind die Gemeinden verantwortlich. Der Kanton mit seiner Erfahrung soll aber die Gemeinden aktiv unterstützen, um eine gute Kommunikation an die Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Die FDP stimmt der Abschreibung des Postulates zu.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Die Kurzdebatte gibt mir die Möglichkeit, eine kurze Frage zu stellen. Ich hoffe, dass der Regierungsrat die benötigte Zeit zur Beantwortung dann auch hat. (*Anspielung auf die letzte Ratssitzung und einen Disput mit der Ratspräsidentin im Zusammenhang mit der Redezeitbeschränkung der Dringlichkeitsdebatte über das Postulat KR-Nr. 196/2022*).

Der Stadtkreis 9, Stadt Zürich, hat bei 56'000 Einwohnern sechs eingerichtete Notfalltreffpunkte. Diese sind bekannt, diese sind auch in der App aufgeschaltet, und meine Frage dazu ist: Wie wird die personelle Betreuung der Notfalltreffpunkte 24/7 (*gemeint ist rund um die Uhr*) sichergestellt? Denn es nützt uns nichts, wenn wir einen eingerichteten Notfalltreffpunkt haben und dieser nachher nicht personell genügend abgedeckt und betreut wird. Ich danke für die Beantwortung der Frage.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Vorredner Huber hat es gut dargelegt, und ich darf sagen: In meiner Gemeinde Küsnacht/Forch gibt es einen solchen Notfalltreffpunkt, und wir wurden alle, die ganze Bevölkerung, mittels eines Flyers informiert. Und ich denke, es wurde sogar eingeübt und es ist personell eingeübt. Danke, Herr Regierungsrat, Danke der Regierung. Aber, und jetzt kommt das Aber: Wir haben das jetzt ja in den letzten Monaten mit dieser Ukraine-Krise, Sonderoperation der Russen oder Krieg, gesehen, dass sogar das Schweizer Radio

am Morgen auf die Notfalltreffpunkte hinweist und auch darauf hinweist, dass man einen Notvorrat haben soll, flüssiger und fester Art. Aber auf das Wichtigste ist man nicht eingegangen, und das sind die Luftschutzkeller. Ich war kürzlich an einer Veranstaltung und habe meinen Nachbarn, einen hohen Offizier im Generalstab, gefragt, ob er wisse, in welchen Luftschutzkeller er gehen müsse. Und er sagte mir: «Ja, meine Gemeinde hat mich informiert, hat uns informiert.»

In meiner Gemeinde ist das nicht der Fall. Früher gab es am Luftschutzkeller einen Anschlag und man wusste, wer in welchen Keller musste oder ins Nachbarhaus. Und natürlich muss das auf die Wohnung oder auf das Haus zugeschnitten sein und nicht auf die Personen. Also die Ausreden, die Leute würden viel umziehen und man könne das nicht zuteilen, sind so sicher falsch. Aber was in der jetzigen speziellen Lage auch sicher gemacht werden muss, ist, dass die Gemeinden die Bevölkerung darauf hinweisen, in welchen Luftschutzkeller sie gehen müssen, qua ihrer Wohnung und ihres Hauses. Und das ist in meiner Gemeinde nicht geschehen. Ich habe mich dann an den Regierungsrat gewandt. Und wie ich höre, hat jetzt die Regierung die Gemeinden mittels Brief nochmals darauf hingewiesen, dies zu tun. Denn mit einer elektronischen Meldung geht das nicht. Ich gehe davon aus, dass im Krisenfall mein Handy nicht geht und dass mein Computer nicht geht. Und dann die Leute mittels Meldeläufer in den Gemeinden zu informieren, wo sie hinmüssen, das geht nicht ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Es wurde jetzt verschiedentlich die Verantwortung der Gemeinden bezüglich dieser Schutzräume, dieser Luftschutzeinrichtungen angesprochen, und ich muss sagen, ich staune immer wieder, wie rasch die Meinung sich verändert – auch in diesem erlauchten Gremium. Bis vor sechs Monaten ging es primär darum, die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer davon zu befreien, Schutzräume zu bauen. Man hat reklamiert und hat gesagt: Wenn kein Schutzraum gebaut wird und man eine Ersatzbeschaffung, eine Ersatzabgabe vornehmen will, dann sei das nicht statthaft, das sei eine zu grosse Einschränkung der Eigentumsfreiheit. Gesamthaft kann man feststellen, dass wir genügend Schutzräume zur Verfügung haben, kantonsweit, schweizweit. Und die Aussage von Frau Gehrig, wir suchten nicht die Transparenz, weil mutmasslich zu wenig solche Einrichtungen vorhanden sind, ist schlicht falsch.

Man muss sich auch vorstellen, wie die Schutzraumbezüge stattfinden werden. Da braucht es eine Anordnung auf nationaler Ebene, und dann haben wir fünf Tage Zeit, um die Schutzräume leerzuräumen; leerzuräumen, das wäre vielleicht der erste Schritt, um das, was da angesprochen wird, zu erreichen. Schauen Sie mal nach, wie viele Fitnessgeräte in den Schutzräumen sind, wie viele Weinkeller und wie viele Partyräume. Also bevor Sie hier dafür sorgen, dass wir morgen Schutzräume beziehen sollten und bereitmachen sollten, müssten Sie vielleicht da die ersten Schritte unternehmen. Wir haben genug Platz, wir haben genug Zeit, und verhindern Sie jetzt panische Ausrichtungen dieser Diskussion. Ich danke Ihnen.

Daniel Wäfler (SVP, Gossau): Ich möchte hier auch noch meinen Vorrednern meine Unterstützung geben. Es sind sehr wichtige Voten gefallen, gerade von Kollege Amrein, aber auch von Jörg Kündig. Ich denke, wir müssen mit Augenmass agieren, aber wir müssen dieses Thema in den Städten und Gemeinden sehr ernst nehmen, denn die Bedrohungen sind sichtbar. Wir können nicht sagen «Wir wissen es nicht» oder «Wir können nicht damit rechnen». Also wenn wir den sicherheitspolitischen Bericht lesen oder die Möglichkeiten anschauen, was jetzt schon in Europa passieren kann, und das etwas weiterdenken, dann müssen wir uns einfach auf Stufe Gemeinde, die hier im Lead ist fragen: Sind wir bestens vorbereitet? Sind wir darauf vorbereitet, diese Menge von Menschen im Notfall versorgen oder auffangen oder schützen zu können? Ich denke, hier können wir mal etwas vorsorglich Fantasie aufwenden, müssen wir aufwenden und dürfen nicht ausblenden. Und wenn die Funktionsträger, die Entscheidungsträger in diesen einzelnen Gremien und in den Städten und Gemeinden sich dies seriös fragen, unter Beizug von Fachexperten und ohne Panik, dann werden wir sicher noch zu weiteren Schlüssen kommen, wo wir die Konsequenzen ziehen und auch umsetzen können zu unserem Schutz. Bitte nehmen wir das ernst, nehmen wir das mit aus der heutigen Debatte. Danke.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Nein, Kollege Kündig, ich bin mit dir nicht einverstanden. Wir haben nicht fünf Tage Zeit, 1400 Kilometer von hier herrscht Krieg. Und wenn einer eine Dummheit macht, dann kann sehr schnell etwas passieren – und nicht mit fünf Tagen Vorwarnzeit, Herr Oberst Kündig, Entschuldigung, das haben wir auch im Militär so gelernt, es ist nicht so. Und das Problem ist – das weisst du auch –, dass in den Gemeinden zum Teil die Listen von diesen Schutzräumen nicht einmal ausgedruckt sind. Ich weiss nicht, wie es in Gossau ist, aber in meiner Gemeinde sind sie nicht bereit oder waren sie vor zwei Wochen noch nicht bereit. Und ich nehme mir das als Volksvertreter zu Herzen und deshalb stehe ich hier. Und ich möchte eine andere Aktion haben von einer Gemeinde, als wie du das jetzt hier gerade als Gemeindepräsident von Gossau dargestellt hast. Das ist eine unsachliche Diskussion.

Jörg Kündig (FDP, Gossau) spricht zum zweiten Mal: Hans-Peter Amrein, ich danke dir für deine sachlichen Ausführungen. Ich bin immer froh und wir haben es im Rahmen der Pandemie ja festgestellt, wie viele Expertinnen und Experten wir für die verschiedenen Situationen haben.

Ich habe gesagt, wir haben fünf Tage Zeit, nachdem schweizweit der Bezug der Schutzräume ausgelöst wird. Und wir haben festgestellt, dass die Beobachtung der internationalen Lage sehr akut verläuft und das Vertrauen in die Einrichtungen, glaube ich, vorhanden sein darf, dass wir rechtzeitig alarmiert werden und so diese fünf Tage Zeit gewinnen. Ich möchte einfach noch das Thema «Notfall und Notfalltreffpunkte» aufgreifen, neben den Schutzräumen. Ich wiederhole mich ungern: Wir haben genügend Schutzräume und ich kenne die Menschen mittlerweile. Ich glaube, es kann nicht sein, dass wir jetzt veranlassen, dass wir überall den eigenen Schutzraum einzurichten beginnen, damit ja die Lebensmittel am

richtigen Ort sind und dass das Sofa richtig steht, sondern ich glaube, wir müssen uns grundsätzliche Gedanken machen. Wenn wir beispielsweise von der Bestückung der Notfalltreffpunkte sprechen, dann erinnern Sie sich, dass wir den Zivilschutz reduziert haben; alle Parteien haben das unterstützt, ich glaube, auch die SVP und andere waren da nicht dagegen. Also wenn wir schon von personellen Engpässen sprechen, dann sollte man sich auch da nochmals Gedanken machen, was man entschieden hat.

Zum Schluss: Diesen September werden Notfallübungen stattfinden. Es gibt eine Gesamtnotfallübung, die auf einem Ausfall in einem Kernkraftwerk basiert, und da haben wir Gelegenheit, das zu trainieren, was jetzt angesprochen wird. Also nochmals: Wer sagt, man nehme die Situation nicht ernst, der hat seine Hausaufgaben nicht gemacht, und das wäre auch wertvoll vor einer Ratsdebatte. Besten Dank.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Sie haben es gehört, das Thema Sicherheit bewegt, die Debatte ist in Gang. Und es ist wichtig, dass wir uns auch austauschen. Es ist auch wichtig, dass der Strauss an Fragen, der jetzt in den Raum gestellt wurde, richtig beantwortet wird, und ich beantrage, dass der Regierungsrat nach Kantonsratsreglement Paragrafen 58 und 59 folgende von der Redezeit, von der kurzen Redezeit von zwei Minuten entbunden wird. Ich beantrage, dass der Regierungsrat die gestellten Fragen ohne Zeitlimite beantworten kann.

Roman Schmid (SVP, Opfikon): Es wurde viel zu einem wichtigen Thema gesagt. Als zukünftiger Stabschef des Gemeindeführungsorgans Opfikon kann ich Ihnen versichern, dass die meisten unserer Gemeinden im Kanton Zürich vorbereitet sind. Wir werden dann Ende Sommerferien auch wieder eine Übung durchführen, so wie es der Präsident des Gemeindepräsidentenverbandes (*Jörg Kündig*) schon ausgeführt hat. Es wird sicher nicht alles klappen, und wir wissen: Wenn der Notfall kommt, dann kommt es sowieso immer anders. Aber ich gehe davon aus, dass die Mehrheit der Gemeinden auf solche Fälle vorbereitet ist. Wir haben einen Notfalltreffpunkt und ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich gehe auch davon aus, dass es manche Einwohnerinnen und Einwohner gibt, die nicht wissen, wo sich ihre Schutzräume befinden. Auf «www.schutzraumzuweisung.ch» kann jede Bürgerin und jeder Bürger unseres Landes digital ihren oder seinen Schutzraum abrufen und weiss dann, wo hin man gehen muss; dies noch als wichtige Information. Ich weiss noch, zu Zeiten, als diese Aushänge im Treppenhaus vorhanden waren, das ist heutzutage nicht mehr so, lieber Hans-Peter Amrein, da hast du recht. Aber vielleicht gibt es auch Eigentümerinnen und Eigentümer, die dann ihre Mieter vorgängig informieren und solch einen Aushang immer noch machen, wenn sie wissen, wo sich die Schutzräume befinden. Vielen Dank.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil): Auch wenn wir von den Notfalltreffpunkten jetzt etwas abweichen, wie ich eingangs erwähnt habe, es ist eng verknüpft mit Folgefragen, wie eben zu den Schutzräumen. Und gerade bei den

Schutzräumen stellt sich die Frage: Was ist denn, wenn diese voll sind mit Asylsuchenden? Räumen wir diese leer, Jörg Kündig?

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Ich möchte keineswegs Panik schüren, aber wir müssen uns bewusst sein: Seit die Schweiz ihre Neutralität in den Abfall geschmissen hat und jetzt als kriegführende Nation auftritt und sogar eine Konferenz der kriegführenden, waffenliefernden Nationen in Lugano ausrichtet, ist die Gefahr einer sehr schnellen Involvierung in aktive militärische, kriegerische Auseinandersetzungen wahrscheinlich verzehnfacht, wenn nicht ver Hundertfacht. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Werte Kolleginnen und Kollegen besonders von der SVP, offenbar machen Sie Ihre Kommissionsarbeit nicht so richtig. Sie hätten in den Beratungen in der KJS alle diese Fragen stellen können, Mario Fehr war sicher zugegen und man hätte das klären können. Und jetzt kommen noch so neue, etwas «gschpässige» Fragen dazu. Schreiben Sie eine Anfrage, wir haben das politische Mittel dazu, insbesondere gerade die letzte Frage von Frau Zurfluh. Da möchte ich doch bitten, wir haben dieses Instrument. Und dann haben Sie sogar noch ein bisschen mehr Öffentlichkeit, als wenn Sie hier drin diese Frage stellen. Ich danke Ihnen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Das Wort zur Beantwortung aller Fragen – da brauchen wir keine Abstimmung – hat jetzt der Sicherheitsdirektor, Regierungsrat Mario Fehr.

Regierungsrat Mario Fehr: Besten Dank für diese Debatte. Einleitend hat die Postulantin festgehalten, dass die Welt nicht mehr die gleiche sei wie vor ein paar Monaten. Das würde ich bestreiten. Die Welt war schon vorher recht ähnlich wie heute. Es gibt in 58 Ländern im Moment, in diesen Minuten, in 58 von 193 UNO-Staaten gibt es bewaffnete Konflikte im Land oder zwischen den Ländern. Die Welt war schon vor dem Ukraine-Krieg keine friedvolle. Was sich verändert hat, was sich deutlich verändert hat, ist unsere Perzeption, unsere Wahrnehmung der Geschehnisse und auch das Interesse für die Sicherheitsinstrumente in diesem Land. Als Sicherheitsdirektor, der sich seit zwölf Jahren mit Fragen des Militärs, des Zivilschutzes, der Feuerwehr und der Polizei auseinandersetzt, musste ich immer wieder feststellen, dass man sich sehr für die Polizei, etwas weniger für das Militär und fast gar nicht für den Zivilschutz interessiert hat. Das hat sich Gott sei Dank verändert, und ich vergesse nie, wie ein Bekannter mir am ersten Tag der Ukraine-Krise telefonierte und gesagt hat, er habe zwar einen Zivilschutzraum, aber er habe die Türe entfernt, was er jetzt machen solle. Und ich habe ihm gesagt, ich würde die Türe wieder einsetzen, das wäre vielleicht ein probates Mittel. An der darauffolgenden Sitzung eines Ihnen sehr bekannten Gremiums wurde ich gefragt, wo man Jod-Tabletten kaufen könne, und so weiter und so fort. Und dann haben alle Journalisten angerufen und uns auf die Versäumnisse der letzten zwölf

Jahre hingewiesen, die sie überhaupt nicht interessiert haben in diesen zwölf Jahren, Aufgaben, über die sie sich sogar lustig gemacht haben in diesen zwölf Jahren. Das haben wir nie gemacht. Wir haben diese Aufgabe immer ernst genommen. Die zürcherischen Gemeinden haben diese Aufgabe immer ernst genommen.

Vielleicht zu den Notfalltreffpunkten: Auch hier hat der Vorstoss tatsächlich etwas ausgelöst. Wir haben heute in allen Gemeinden im Kanton Zürich einen solchen Standort. In 162 Gemeinden haben wir 303 Standorte. Und Herr GPV-Präsident Kündig hat natürlich recht, wir werden das auch üben. Am 29. September 2022 gibt es eine Gesamtnotfallübung mit 20 zürcherischen Gemeinden, die involviert sind.

Beim Zivilschutz, Herr Forrer, kann man tatsächlich eine Anfrage machen, wenn einem das gefällt. Man kann aber auch diejenigen Anfragen lesen, die es schon gibt; das ist vielleicht fast das vernünftigste Mittel. Es gibt eine Anfrage (*KR-Nr. 140/2022*) von Herrn Kantonsrat Lorenz Habicher vom 25. April 2022, in der die Regierung alle diese Fragen, die heute auch teilweise die SVP-Fraktion wieder gestellt hat, beantwortet hat. Also: Anfragen helfen, Anfragen lesen hilft noch mehr und Anfragen dann wieder hervorholen, wenn man eine Frage hat, hilft am meisten. In dieser Anfrage steht tatsächlich das, was Herr Kündig zu Recht gesagt hat: Es gibt einen Mechanismus. Wir haben im Kanton Zürich 1'706'843 Schutzplätze, das steht hier drin. Es steht hier drin auch, dass die Stadt Zürich eher unterversorgt ist, also jemand am Stadtrand von Wollishofen vielleicht damit rechnen muss, in Adliswil einen Schutzraum zu bekommen, was allerdings eher eine Aufwertung darstellen würde. Gut, es hat hier nicht viele Adlswiler, aber Adliswil ist tatsächlich sehr, sehr schön. Aber das erzähle ich Ihnen ein andermal.

Was jetzt, glaube ich, vonnöten ist, ist eine Informationskampagne. Wir haben alle 162 Gemeinden im Kanton Zürich angeschrieben. Das war eine Anregung von Herrn Kantonsrat Amrein, die ich gerne aufgenommen habe. Ich glaube, die Gemeinden sind jetzt gehalten, dort, wo es noch nicht passiert ist, ihre Bürgerinnen und Bürger zu informieren.

Was mir zuletzt einfach wichtig ist: Wichtig ist mir, dass wir diese Aufgabe ernst nehmen. Wir – meint der Regierungsrat, meint das Amt für Militär und Zivilschutz, wir meint auch den Sicherheitsdirektor und wir meint auch die Gemeinden –, wir werden dafür sorgen, dass wir für jeden Krisenfall gerüstet sind. Vielen Dank dafür, dass wir hier eine sicherheitspolitische Debatte führen konnten, das machen wir gerne demnächst auch wieder. Und ich kann Ihnen garantieren, dass die sicherheitspolitischen Parameter in diesem Land jetzt anders wahrgenommen werden, dass es eine andere Debatte geben wird, und wir freuen uns auf diese. Merci vielmal.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 302/2019 ist abgeschlossen.

Das Geschäft ist erledigt.